

Haushaltsrede der Finanzdezernentin Heidi Schwartz

Einbringung des Kreishaushalts 2011 am 18. November 2010

-Es gilt das gesprochene Wort.-

Sehr geehrter Herr Landrat Wölflé,
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als wir im Mai dieses Jahres mit der Haushaltsplanaufstellung begonnen haben, standen wir vor dem schwierigsten Haushaltsjahr in der Geschichte des Bodenseekreises. Die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Bodenseekreis ist von der Rekordsumme mit 250 Mio. Euro im Jahr 2010 um den Rekordbetrag von knapp 71 Mio. Euro eingebrochen. Das bedeutet ein Minus von 22 Mio. Euro Wenigereinnahmen bei der Kreisumlage bei gleichbleibendem Hebesatz von 31 %. Und trotzdem bringen wir heute termingerecht den Haushaltsplanentwurf 2011 in den Kreistag ein.

Die Zeiten sind kurios. Nach einer zweijährigen Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer in dieser Generation noch nie bekannten Härte prognostizieren alle Wirtschaftsinstitute wieder eine Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts um 4,1 % für das Jahr 2010 und um 3 % für das Jahr 2011. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich dabei verbessern. Die Zahl der Arbeitslosen kann im Jahresdurchschnitt 2011 erstmals seit 1992 unter 3 Mio. rücken. Nach dem Herbstgutachten des Wirtschaftsrats übertreffen sich die positiven Schlagzeilen. Selbst die Experten sehen ihre Erwartungen von den eigenen Prognosen übertroffen.

Deutschland ist nicht nur der Wachstumsmotor in Europa, sondern rangiert in der Prosperität auch deutlich vor großen Volkswirtschaften wie den USA, Kanada oder Japan.

Zum einen ist dies eine Absage an den bei uns gerne verbreiteten Pessimismus, immer und überall, alles und jedes in Frage zu stellen. Zum anderen aber doch auch Warnung, uns eben nicht wieder in Euphorie und Selbstgefälligkeit zurückfallen zu lassen. Egal, ob Rezession oder Boom, ob Krise oder Chance, wir sollten gelernt haben mit Prognosen vorsichtig umzugehen. Die Konjunkturzyklen werden immer kürzer und schlagen heftiger aus. Sicher ist nur die Unsicherheit oder positiv ausgedrückt: Nichts ist so beständig wie der Wandel. Nutzen wir den Einbruch als Chance für den Umbruch und schaffen den Aufbruch in das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit dem Haushaltsplan 2011.

Schaubild: Steuerkraftsummen im Vergleich 2010/2011

Im Vergleich mit den anderen Landkreisen ist die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden um über 28 % eingebrochen und liegt damit auf Platz 2 nach dem Hohenlohekreis, den es mit knapp 40 % noch härter trifft. Die Steuerkraftsummen des Jahres 2009 sind Grundlage für 2011, deshalb hatte der Landkreis einen zeitlichen Vorteil sich auf diese schwierige Finanzsituation einzustellen. Bereits im Juni 2010 wurde eine Haushaltsstrukturkommission installiert. In zwei intensiven Sitzungen wurden sämtliche Vorschläge und Ideen der Verwaltung analysiert, diskutiert und abgewogen.

Die Verwaltung hat ein Maßnahmenpaket erarbeitet zur kurz- und mittelfristigen Haushaltskonsolidierung.

Ein Großteil der Maßnahmen aus der Haushaltsstrukturkommission wirken dauerhaft und langfristig zum großen Teil erst ab dem Jahr 2012.

Unabhängig einer Haushaltsstrukturkommission legen wir ganz im Sinne des Grundsatzes der Vorherigkeit und wie Sie es gewohnt sind, den Haushaltsplan vor, da die Erfahrung zeigt, dass der Erkenntnisgewinn im Februar oder März zur finanziellen Situation nicht höher ist als heute. Sämtliche Zeitpläne im Hoch- und Tiefbau sind auf die Verabschiedung des Haushalts im Dezember 2010 ausgerichtet. Zudem liegt der Haushaltserlass seit Juni und die November-Steuerschätzung seit Ende letzter Woche vor. Es ergeben sich positive Entwicklungen, die den Einnahmeeinbruch bei der Kreisumlage abgemildert haben. Gerne möchte ich Ihnen diese näher erläutern:

- Erhöhung der Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund der mangelnden Steuerkraft 6,3 Mio. Euro.
Der extreme Einbruch bei der Steuerkraft der Städte und Gemeinden im Bodenseekreis im Jahr 2009 wirkt sich bei den Schlüsselzuweisungen erhöhend aus und fängt damit einen Teil des Einnahmeeinbruchs auf.
- Mehreinnahmen aus dem Soziallastenausgleich in Höhe von rund 4 Mio. Euro.
Ursächlich hierfür sind die gestiegenen Ausgaben im Sozialetat der vergangenen Jahre, was wiederum diesen positiven und entlastenden Effekt für den Haushalt 2011 mit sich bringt.

Insgesamt eine erfreuliche Verbesserung von rund 10,3 Mio. Euro.

Besonders erfreulich ist, dass die Sparbemühungen des Bodenseekreises z. B. im Bereich der Strom-, Gas-, Reinigungsverträge, der Einrichtung der Nahwärmeversorgung im Berufsschulzentrum in Friedrichshafen, des Liquiditätsmanagement, die Optimierung der Druckerkonzeption u.v.a.m. dazu geführt haben, dass die Kosten reduziert und Kostensteigerungen aufgefangen werden konnten.

Das Volumen des Vermögenshaushalts wurde im Vergleich zu 2011 um 4 Mio. Euro reduziert und liegt im Haushalt 2011 bei 16,5 Mio. Euro.

Bei der Aufnahme von Investitionen in den Haushalt wurden folgende Prioritäten gesetzt:

- Sicherheitsmaßnahmen an den Schulen
- Energieoptimierung an und in den Gebäuden
- Konzentration im Straßenbau auf bereits begonnene bzw. geplante Maßnahmen.

Der Vermögenshaushalt wurde unter der Prämisse aufgestellt, dass die Haushaltsmittel des Jahres 2010, sofern sie noch nicht abgeflossen sind, übertragen werden. Nur unter dieser Bedingung war es möglich einen um 4 Mio. Euro geringeren Vermögenshaushalt aufzustellen. Trotz dieser positiven Entwicklungen, sowohl bei Einnahmeverbesserung als auch den Bemühungen der Verwaltung, Ausgaben zu reduzieren, ergibt sich eine Finanzierungslücke von rund 13,8 Mio. Euro um den Haushaltsausgleich zu realisieren. Die Verwaltung, und Sie haben es bereits durch Herrn Landrat Wölfle gehört, schlägt vor, eine Kreditaufnahme in Höhe der ordentlichen Tilgung von 3 Mio. Euro und den Finanzierungsbedarf von 10,8 Mio. Euro über die Kreisumlage mit einem Hebesatz von

37,2 Prozent zu finanzieren. Dies bedeutet aber dennoch eine um 10,8 Mio. Euro niedrigere Kreisumlage als noch im Jahr 2010, also eine Entlastung der Haushalte der Städte und Gemeinden.

Schaubild: Entwicklung des Schuldenstandes seit 1990

Der Schuldenstand des Bodenseekreises hat sich kontinuierlich erhöht. 2007 konnte diese Entwicklung gestoppt und die Schulden zu Beginn des Jahres 2010 auf 51,6 Mio. Euro zurückgefahren werden. Hierbei ist allerdings die Kreditermächtigung in Höhe von 5,3 Mio. Euro, die aus dem Jahr 2009 auf 2010 übertragen werden musste, noch zu berücksichtigen, was zu einem Schuldenstand von 56,9 Mio. Euro führt.

Schaubild: Pro-Kopf-Verschuldung

Pro Kopf bedeutet dies 274 Euro (einschließlich der Kreditermächtigung). Landesweit beläuft sich die Pro-Kopf-Verschuldung auf 167 Euro. Wir liegen damit 64 % über dem Durchschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg.

Die Kreditaufnahme mit 3 Mio. Euro ist so hoch geplant wie die ordentliche Tilgung, also eine Nettoneuverschuldung von null.

Schaubild: Rücklage

Der Blick in die Rücklage zeigt, dass wir uns bereits seit über 10 Jahren in der Mindestrücklage bewegen. Eine Entnahme und somit finanziellen Spielraum gibt es nicht.

Nun zu den Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2011

Schaubild: Eckdaten zum Haushaltsplanentwurf 2011

Haushaltsvolumen

Das Gesamtvolumen liegt bei	<u>251,5 Mio. Euro.</u>
Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt	235,1 Mio. Euro
und auf den Vermögenshaushalt	16,5 Mio. Euro.

Schaubild: Entwicklung des Haushaltsvolumens

Dies bedeutet eine Reduzierung um 5,5 Mio. Euro oder 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr mit 257,1 Mio. Euro.

Schaubild: Einnahmen des Verwaltungshaushalts

Wie sich die Einnahmen aufteilen ist auf dem Schaubild im Einzelnen dargestellt. Den größten Block machen die Steuern und die allgemeinen Zuweisungen mit etwa 106 Mio. Euro aus. Die Erstattungen mit 36 Mio. Euro, die Leistungsbeteiligung des Bundes für Arbeitssuchende mit rd. 24 Mio. Euro usw..

Schaubild: Einnahmen des Verwaltungshaushalts – Anteil der Kreisumlage

Die größte Einnahme im Verwaltungshaushalt ist die Kreisumlage. Diese ist mit einem Hebesatz von 37,2 % kalkuliert und beläuft sich damit auf 66,7 Mio. Euro.

Schaubild: Entwicklung der Kreisumlage

Grundlage für die Berechnung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2011 ist die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden des Jahres 2009. Also in dem Jahr als die Finanz- und Wirtschaftskrise sich am stärksten niederschlug. Der Einbruch im Bodenseekreis beträgt 28,3 %, absolut über 70 Mio. Euro. Eine Situation, die seit 1973 so noch nie dagewesen ist.

Schaubild: Kreisumlagehebesätze aller Landkreise im Vergleich

Der durchschnittliche Hebesatz liegt in Baden-Württemberg entsprechend den Planzahlen 2010 bei 31,43 %. Der Bodenseekreis liegt mit 31,0 %-Punkten immer noch unter dem Landesdurchschnitt.

Schaubild: Entwicklung der Kreisumlage / Schuldenstand

Im Jahr 2005 sogar um mehr als 5 %-Punkte und korreliert mit den Kreditaufnahmen. Wie dies auf dem Schaubild eindrücklich dargestellt ist. Sie sehen an der rot schraffierten Fläche, um welchen Betrag der Bodenseekreis unter dem durchschnittlichen Hebesatz des Landes Baden-Württemberg dauerhaft seit 1996 liegt. Dies zeigt auch die Schuldenentwicklung in diesem Zeitraum. Seit Bestehen des Bodenseekreises bis einschl. 1995 war dies genau umgekehrt. Durch den starken Einbruch der Steuerkraftsumme im Jahr 2011 ist der Hebesatz im Haushaltsplanentwurf im Vergleich zu 2010 um 6,2 %-Punkte höher angesetzt. Allerdings ist die reine Betrachtung des Hebesatzes zu kurz gegriffen. Betrachtet man die absoluten Zahlen der Kreisumlage mit der Erhöhung um

6,2 % sinkt der absolute Betrag sogar um 10,8 Mio. Euro. Also eine Entlastung der Städte und Gemeinden.

Grunderwerbsteuer:

Schaubild: Entwicklung der Grunderwerbsteuer

Die Grunderwerbsteuer im Jahr 2010 entwickelt sich positiv. Wir haben deshalb optimistisch mit 9,2 Mio. Euro auch für das Jahr 2011 kalkuliert und hoffen auf eine entsprechende Entwicklung des Grundstücksmarkts.

Zu den Ausgaben des Verwaltungshaushalts:

Schaubild: Ausgaben des Verwaltungshaushalts

Einen Überblick über die wesentlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt gibt folgendes Schaubild.

Personalausgaben:

Schaubild: Entwicklung der Personalausgaben

Die Personalausgaben sind im Plan 2011 um 930.000 Euro höher als im Plan 2010. Dies entspricht einer Steigerung von 2,36 %.

Schaubild: Erläuterung der Personalausgaben 2011

Die tariflichen und besoldungsrechtlichen Einflüsse bzw. Versorgungsaufwendungen verursachen - wie dargestellt - Mehrausgaben von rund

614.000 Euro. Hierbei sind die Tarifierhöhungen für die Beschäftigten mit 0,6 % bzw. 0,5 %, die Besoldungserhöhungen für die Beamten mit kalkulierten 1,0 %, Stufensteigerungen, die Versorgungsumlage, die Erhöhung des Sanierungsgeldes, die Beihilfeumlage und die Erhöhung des tariflichen Leistungsentgelt enthalten.

Schaubild: Erläuterung der Personalausgaben 2011

Hinzu kommen 565.000 Euro, die gegenfinanziert sind z. B. durch Einnahmen für Maßnahmen im Amt für Hilfen zur Arbeit für die Beschäftigungsinitiative Pakt 50+, die Pflegestützpunkte, die gemeinsame Telefonzentrale oder der Finanzierungsanteil der Stadt Markdorf an der Personalaufstockung für die Bibliothek, um nur einige zu nennen. Zudem hat sich die Verwaltung eine Kostenreduzierung mit 250.000 Euro auferlegt, die z. B. durch verzögerte Stellenbesetzungen erreicht werden soll. Daraus ergibt sich die Gesamterhöhung von 929.000 Euro. Zu bemerken ist, dass im Haushaltsplan 2011 keine Stellenmehrungen enthalten sind.

Unterhaltungskosten

Schaubild: Entwicklung der Bauunterhaltung

Die Bauunterhaltungskosten bewegen sich etwa auf dem Niveau des Vorjahres mit 4,48 Mio. Euro. Nach wie vor können wir damit unsere Vermögenssubstanz nicht gänzlich erhalten. Diesem Betrag stehen ca. 110.000 qm kreiseigene Gebäudeflächen und rund 330 km Kreisstraßen, mit ca. 110 Straßenbauwerken bzw. Brücken gegenüber. Für die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens, also für die Doppik, ist die Erfassung des kompletten Vermögens erforderlich. In diesem Zusam-

menhang ist der Sanierungs- und Instandhaltungsstau für sämtliche Gebäude, Straßen und Infrastruktureinrichtungen zu ermitteln. Ziel muss also sein, eine nachhaltige Strategie für den Vermögens- und Substanzerhalt zu erarbeiten. Ein nachhaltiges Vermögensmanagement, das ein Gebäude-, Straßeninstandhaltungs- und Brückensanierungsmanagement beinhaltet muss und wird Daueraufgabe der kommenden Jahre sein.

Mit dem Energiebericht in der kommenden AUT-Sitzung werden wir die Ergebnisse des Energieverbrauchs für die Verwaltungsgebäude darstellen und ein Energie- bzw. Sanierungskonzept vorschlagen. Im Bereich des Straßenbaus hat dieses Jahr die Brücken- bzw. Bauwerkshauptuntersuchung stattgefunden. Daraus entwickeln wir ein Brückensanierungskonzept, das wir dem Kreistag im Laufe des Jahres 2011 vorstellen wollen.

Bewirtschaftungskosten

Schaubild: Entwicklung der Bewirtschaftungskosten

Die Entwicklung der Bewirtschaftungskosten zeigt eine erfreuliche Tendenz. Trotz einer Zunahme der Flächen z. B. durch den Erweiterungsbau des Berufsschulzentrums in Friedrichshafen konnten die Bewirtschaftungskosten um weitere 70.000 Euro reduziert werden. Man spürt deutlich die Effekte des Energiemanagements des Bodenseekreises. Es gilt weiter daran zu arbeiten nicht nur im Blick auf die Kostenreduzierung, sondern auch auf die CO²-Minderung im Hinblick auf die Umwelt.

Zinsausgaben

Schaubild: Entwicklung der Zinsausgaben für Kredite und Innere Darlehen in den Jahren 2000 – 2011

Die Zinsausgaben belaufen sich im Jahr 2011 auf knapp unter 3 Mio. Euro. Dies erklärt sich durch ein Forward-Darlehen, das im Jahr 2007 aufgenommen und im Jahr 2010 tatsächlich ausbezahlt wurde, durch die vorgesehene Darlehensaufnahme mit 3 Mio. Euro im Jahr 2011 und der Kreditermächtigung aus dem Jahr 2009 mit 5,3 Mio. Euro.

Schaubild: Ausgaben des Verwaltungshaushalts – Sozialausgaben

Die Bruttoausgaben des Sozialtats reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. Euro und liegen bei 123,3 Mio. Euro. Das sind 52 % des gesamten Leistungsanteils im Verwaltungshaushalt.

Schaubild: Entwicklung des Zuschussbedarfs im Sozialhaushalt

Dem stehen Einnahmen mit 48,9 Mio. Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf beläuft sich damit auf 74,4 Mio. Euro und liegt erfreulicherweise um rund 2 Mio. Euro unter dem Zuschussbedarf des Jahres 2010. Damit ist die Kehrtwende der in den vergangenen Jahren steigenden Zuschussbedarfe im Sozialetat eingeleitet – ja sogar eine Reduzierung möglich.

Schaubild: Wesentliche Faktoren im Sozialhaushalt

Aus der Analyse ergeben sich folgende wesentliche Faktoren:

- Aus dem Soziallastenausgleich fließen Mehreinnahmen von 4 Mio. Euro zu.
- Ausgabenanstieg bei der Eingliederungshilfe um rund 1,3 Mio. Euro.
- Ausgabenanstieg bei der Hilfe zur Pflege um rund 450.000 Euro.
- Ein Anstieg der Kosten für die Grundsicherung im Alter mit rund 250.000 Euro.
- Im Bereich des Jugendamts und des Amtes Hilfen zur Arbeit bewegen sich die Zuschussbedarfe etwa auf Vorjahresniveau.

Die wesentlichen Gründe hierfür sind folgende:

Mehreinnahmen aus dem Soziallastenausgleich mit 4 Mio. Euro.

Durch die gestiegenen Ausgaben im Sozialbereich der vergangenen Jahre erhöht sich die Zuweisung im Jahr 2011.

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

Bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist bereits seit Jahren – nicht nur im Bodenseekreis, sondern bundesweit – eine dynamische Entwicklung bei den Fallzahlen sowie bei den Kosten zu beobachten. Ursächlich sind weiter steigende Vergütungssätze in der stationären Unterbringung. Trotz moderater Tarifabschlüsse steigen die Vergütungssätze um durchschnittlich 2 % an.

Die zu erwartenden höheren Betreuungsschlüssel laut Heimverordnung tragen ebenfalls zu diesen Kostensteigerungen bei, ebenso wie die gesetzliche Aufgabenzuordnung. Als Beispiel sei hier die Umsetzung der UN-Konventionen in Form der inklusiven Beschulung und die damit verbundenen Kostensteigerungen für die Beförderung und Schulbegleitung genannt. Ebenfalls zeigen sich die Auswirkungen der demographischen

Entwicklung. Als Folge der Naziverbrechen gibt es im Nachkriegsdeutschland erstmals in größerer Zahl Menschen mit Behinderung, die älter sind als 65 Jahre. Für diese Altersgruppe steigen sowohl die Anforderungen wie auch die Kosten einer Betreuung.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Für das Jahr 2011 wird ein weiterer Anstieg der Anzahl der Leistungsberechtigten prognostiziert. Auch steigende Mietkosten im Jahr 2011 u. a. aufgrund der nicht mehr anerkannten Mietobergrenzen und des steigenden Mietspiegels sowie die Steigerung des Regelsatzes um 6 Euro monatlich pro Fall, zeigen hier ihre Auswirkungen auf den Haushalt 2011.

Jugendamt

Erfreulicherweise sieht die Entwicklung in der Jugendhilfe positiver aus. 2011 kann trotz sich abzeichnender Ausgabensteigerung im Bereich der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und den sich 2011 auswirkenden Vergütungserhöhungen der Planansatz weitestgehend beibehalten werden. Dies liegt z. B. daran, dass die Fallzahlen der Heimunterbringung in der Hilfe zur Erziehung zurückgegangen sind.

Hilfen zur Arbeit

Insgesamt kann der Zuschussbedarf auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Schaubild: Anteil der Kreisumlage an den Sozialausgaben

Zu dem Haushalt 2011 können die jährlichen Steigerungen des Zuschussbedarfs im Sozialetat gestoppt, ja sogar um 2 Mio. Euro reduziert

werden. Eine erfreuliche Kehrtwende. Aufgrund des Rückgangs der Kreisumlage um 10,8 Mio. Euro reduziert sich jedoch der Deckungsgrad um über 11 %. Mit der Kreisumlage können also gerade mal knapp 90 % des Sozial Etats gedeckt werden. Geht man von der allgemeinen Regel aus, sollte die Kreisumlage eigentlich so hoch sein, um die Sozialausgaben zu decken.

Ergebnis des Verwaltungshaushalts

Schaubild: Entwicklung der Zuführungsrate = „Freie Spitze“ (Nettoinvestitionsrate)

Der Verwaltungshaushalt erbringt unter den bereits genannten Parametern eine Zuführung von 7,8 Mio. Euro.

Nach Abzug der ordentlichen Tilgung mit rund 3 Mio. Euro erreichen wir eine freie Spitze von 4,86 Mio. Euro. Damit liegen wir – abgesehen von den finanz- und investitionsschwachen Jahren 2003 - 2005 – auf einem sehr niedrigen Niveau. Diese 4,86 Mio. Euro stehen zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen im Vermögenshaushalt zur Verfügung.

Vermögenshaushalt

Schaubild: Einnahmen des Vermögenshaushalts

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts sind im Einzelnen dargestellt. Neben der Zuführung war zum Ausgleich und zur Finanzierung der Investitionen des Vermögenshaushalts eine Kreditaufnahme in Höhe von 3 Mio. Euro erforderlich.

Nun zur Ausgabenseite des Vermögenshaushalts:

Schaubild: Investitionsübersicht/Ausgaben des Vermögenshaushalts

Das Schaubild zeigt im Detail, wie sich die Ausgaben des Vermögenshaushalts zusammensetzen. Zu bemerken ist, dass das reine Investitionsvolumen mit 11,2 Mio. Euro nochmals um etwa 1,5 Mio. Euro niedriger liegt.

Schaubild: Investitionsprogramm 2008 – 2011

Der größte Ausgabenblock ist für den Straßenbau mit 4,4 Mio. Euro vorgesehen, gefolgt von Investitionen im Bereich der Bildung mit 2 Mio. Euro sowie 2,2 Mio. Euro im Bereich der öffentlichen Einrichtungen und 1,2 Mio. Euro für den Bereich der Allgemeinen Verwaltung.

Zu den größeren Maßnahmen im Einzelnen:

Für die Erneuerung der EDV und Brandschutzmaßnahmen im Landratsamtsgebäude Albrechtstraße 75 sind entsprechend der Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan 2010 460.000 Euro vorgesehen, für die Einführung der neuen Finanzwesensoftware 560.000 Euro, im Bereich der Schulen sind im Rahmen des Schulbudgets für Beschaffungen im Vermögenshaushalt rund 500.000 Euro enthalten, weitere 500.000 Euro sind für Sicherheitsmaßnahmen in den Schulen und 860.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen und Umbau von Fachräumen vorgesehen.

Für die Zuweisungen der Pflegeheime ist eine weitere Rate von 400.000 Euro eingeplant.

Im Straßenbau konzentrieren sich die Ansätze auf die Bahnunterführung in Salem-Neufrach mit 1 Mio. Euro, die im Sommer 2010 begonnen wurde, für die Südumfahrung in Kehlen sind 700.000 Euro, für die Südumfahrung Markdorf 200.000 Euro, für die Asphaltbeläge- bzw. Oberflächenbehandlung sowie die Sanierung von Straßen sind 870.000 Euro und für die Großgeräte für den Straßenbaubetrieb 300.000 Euro vorgesehen. Für die Erweiterung der Deponie Überlingen sind 1,4 Mio. Euro kalkuliert worden. Sie sehen, das Investitionsprogramm wurde um weitere 1,4 Mio. Euro reduziert im Vergleich zu 2009 sogar um knapp 8 Mio. Euro. Es handelt sich nicht um einen Sparinvestitionshaushalt, sondern um einen Prioritätenhaushalt.

Bereits begonnene Maßnahmen im Hoch- und Tiefbaubereich sowie Sicherheitsmaßnahmen an den Schulen und energetische Sanierungsmaßnahmen haben Priorität. Vorrang hatte absolut Notwendiges und Machbares vor Wünschenswertem.

Mit dem Investitionsprogramm in Höhe von 11,2 Mio. Euro setzt der Bodenseekreis aus meiner Sicht die richtigen Prioritäten und wichtige Impulse für die Zukunft.

Schaubild: Investitionsübersicht Straßenbau

Wo welche Investitionen im Bereich des Straßenbaus vorgesehen sind, lässt sich an dieser Karte sehr schön erkennen.

Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2014:

Schaubild: Investitionsprogramm bis 2014

Den Ausblick zur mittelfristigen Finanzplanung beginne ich mit dem Investitionsprogramm bis 2014. In der gelb hinterlegten Zeile können Sie erkennen, dass auch die Volumina des reinen Investitionshaushaltes nur leicht ansteigen. Ursächlich hierfür sind die Investitionsmaßnahmen im Straßenbaubereich, die im Jahr 2012 mit 5 Mio. Euro, im Jahr 2013 mit 8,8 Mio. Euro und im Jahr 2014 mit 9 Mio. Euro vorzusehen sind. Dies ist bedingt durch die bereits beschlossenen oder auch begonnenen Straßenbaumaßnahmen, z. B. der Südumfahrung in Kehlen.

Um überhaupt einen genehmigungsfähigen Haushalt bis 2014 zu erhalten und die genannten notwendigen Investitionen realisieren zu können, sind Kreditaufnahmen von 2012 – 2014 mit 10 Mio. Euro vorgesehen. Der Schuldenstand wird sich nach derzeitiger Planung bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf über 55 Mio. Euro belaufen. Ein Schuldenabbau auf die Durchschnittverschuldung der Landkreise ist damit leider nicht möglich.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre wird starken Einfluss darauf haben. Deshalb wurden die Steuerkraftsummen der kommenden Jahre in allen Städten und Gemeinden des Bodenseekreises abgefragt mit der einerseits erfreulichen Nachricht, dass sie wieder ansteigen werden. Dennoch liegen andererseits diese weit entfernt vom Rekordwert des Jahres 2010.

Schaubild: Entwicklung der Steuerkraftsummen/der Kreisumlage

Die Entwicklung der Steuerkraftsummen nach der Umfrage bei den Städten und Gemeinden ergibt folgendes Bild:

	Steuerkraft der Gemeinden	Kreisumlage
2010 =	250,0 Mio. Euro bei 31,0 %=	77,5 Mio. Euro
2011 =	179,2 Mio. Euro bei 37,2 %=	66,7 Mio. Euro
2012 =	194,8 Mio. Euro bei 37,34 %=	72,7 Mio. Euro
2013 =	198,6 Mio. Euro bei 38,03 %=	75,5 Mio. Euro
2014 =	188,6 Mio. Euro bei 40,17 %=	75,7 Mio. Euro

Trotz einer Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes auf 40 %-Punkte bis zum Jahr 2014 werden die Kommunen im Kreis entlastet.

Die finanzielle Situation des Bodenseekreises lässt sich wie folgt beschreiben:

- Weit überdurchschnittlich hohe Verschuldung, die sich bis zum Jahr 2014 nicht reduzieren lässt.
- Eine Rücklage, die keine Entnahme ermöglicht, da wir uns seit Jahren in der Mindestrücklage bewegen.
- Rekordeinbruch der Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Bodenseekreis um über 70 Mio. Euro, nur mit einer teilweisen Erholung bis 2014.
- Hohe Investitionen insbesondere im Straßenbau.

Es war daher richtig, wichtig und zukunftsweisend eine Haushaltsstrukturkommission einzuberufen.

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass von Seiten der Verwaltung eine Vielzahl von Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen wurden, die den Haushalt 2011 entlasten und bereits berücksichtigt wurden. Ich bin bereits darauf eingegangen.

Ohne diese Bemühungen wäre der Finanzierungsbedarf des Bodenseekreises sicherlich noch um einen Millionenbetrag höher.

Wir sind nicht am Ende unserer Konsolidierungsanstrengungen. Die Arbeit der Strukturkommission ist nicht nur eine Aufgabe im Jahr 2010 und 2011, sondern muss ein dauerhafter Prozess sein. Eine ständige Organisationsentwicklung mit einer parallel aufsetzenden Personalentwicklung ist hierbei wesentlich. Die Aufbauorganisation, die Ablauforganisation, die Aufgabenkritik, die Standards bei der Aufgabenerfüllung, die Konzentration auf die Kernaufgaben, auch die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg in Richtung interkommunale Zusammenarbeit und ganz wichtig, das Nutzen der eigenen Potenziale und Stärken unserer engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird auf der Tagesordnung stehen bleiben.

Die Verwaltung hat sich für die kommenden Jahre eine Reihe von Zielen gesetzt:

- Die Umstellung vom kameralen auf das kaufmännische Rechnungswesen spätestens im Jahr 2016 und die Auswahl und Einführung einer neuen Finanzwesensoftware. Dies hat auch Auswirkungen auf eine ganze Reihe anderer im Einsatz befindlicher Verfahren (z. B. im Personal-, Sozial-, Gebäude- und Abfallbereich)

- Der demographischen Entwicklung im Bereich der Bildung ist durch einen Schulentwicklungsplan Rechnung zu tragen.
- Die Vermögensbewertung mit dem Ziel des Substanzerhalts sowie die Vermarktung von Vermögen, das nicht mehr zwingend für die Aufgabenerfüllung des Bodenseekreises erforderlich ist z. B. die Wohnheime beim Krankenhaus in Tettnang, deren Vermarktung im Augenblick von Seiten der Verwaltung intensiv betrieben wird.

Gerade noch rechtzeitig zur Haushaltseinbringung erreichte uns Ende letzter Woche die Steuerschätzung mit der positiven Nachricht, dass wir bei den Schlüsselzuweisungen mit weiteren Mehreinnahmen in Höhe von 730.000 Euro rechnen können, die bisher nicht im Plan enthalten waren. In Kreisumlagehebesätze ausgedrückt heißt das 0,4 %-Punkte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Kreistags, mit gutem Grund wird das Recht des Kreistags über den Haushalt zu entscheiden als „Königsrecht“ bezeichnet. Dieser Begriff macht deutlich, welche große Bedeutung der Haushalt für die künftige Entwicklung des Bodenseekreises hat. Es liegt nun in Ihrer Entscheidung und finanzpolitischen Verantwortung, mit diesen Mehreinnahmen die Kreisumlage zu reduzieren oder die geplante Darlehensaufnahme mit 3 Mio. Euro zu reduzieren.

Auch dieses Jahr möchte ich wie schon traditionsgemäß in den vergangenen Jahren, den Städten und Gemeinden des Bodenseekreises für die Kreisumlage danken und für die sehr gute Zusammenarbeit der Kalkulation der Steuerkraftsummen für die Jahre 2012 – 2014. Dies ist nicht selbstverständlich und spiegelt das gute Miteinander zwischen Landkreis und den Städten und Gemeinden wieder.

Mein herzlicher Dank gilt ganz besonders Herrn Landrat Wölflé für sein großes Engagement und seinen Einsatz für den Haushaltplan 2011, allen Dezernaten und Ämtern für die noch intensivere Arbeit am Haushalt 2011, die bereits im Mai dieses Jahres begonnen hat. Es war eine konstruktive, intensive und sehr zielorientierte Zusammenarbeit. Ich danke meinen Dezernentenkollegen für die Offenheit, die Ehrlichkeit und das gemeinsame Arbeiten auch an den Haushaltsstrukturvorschlägen. Es macht große Freude so zu arbeiten. Für die aufwändige Aufstellung des Sozial Etats, mein herzlicher Dank an das Sozialdezernat. Ein ganz besonderer Dank gilt dem tollen Team der Kämmerei, allen voran unserer stellvertretenden Kämmereileiterin, Frau Kick, die nach dem Weggang von Herrn Kaiser die Aufstellung des Haushaltsplanes koordiniert und organisiert hat. In meinen Dank schließe ich auch alle Kolleginnen und Kollegen ein, die eifrig am Planentwurf gearbeitet haben.

Fazit

Sehr geehrter Herr Landrat Wölflé,
liebe Mitglieder des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der Haushaltsplanentwurf 2011 – sicherlich der schwierigste Haushalt in der Geschichte des Bodenseekreises. Ein großes Stück Arbeit, intensive Konsolidierungsbemühungen, Strukturüberlegungen, Sparbestrebungen, Organisationsuntersuchungen liegen hinter, aber auch noch vor uns. Wir sind stolz und glücklich, trotz dieser schwierigen Situation und des daraus zwangsläufig entstehenden immensen Zeitdrucks, den Haushaltsplan termingerecht heute vorlegen zu können.

Mit Ihrem „Königsrecht“ über den Haushalt 2011 zu entscheiden, legen Sie die Schwerpunkte und Prioritäten für die künftige Entwicklung des Bodenseekreises. Sie treffen zukunftsorientierte Entscheidungen für die nachfolgenden Generationen, denen wir auch noch Gestaltungsspielraum lassen müssen.

Ich wünsche Ihnen und uns

- den Mut,
- die Kraft und
- die Standhaftigkeit

ein Haushaltsstrukturpaket zu beschließen und umzusetzen.

Bleiben wir trotz aller Schwierigkeiten optimistisch. Wahre Optimisten sind – gerade in Krisenzeiten – nicht davon überzeugt, dass alles gut gehen wird, aber sie sind davon überzeugt, dass nicht alles schief gehen wird. Manfred Rommel hat es einmal so formuliert: „Der Pessimist ärgert sich über den Riss in der Hose, der Optimist freut sich über den Luftzug“.

Ich wünsche uns allen viel Zuversicht und für unseren Haushalt 2011 viel Rückenwind und Mut! In diesem Sinne uns allen gute und konstruktive Haushaltsplanberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Heidi Schwartz

Finanzdezernentin